

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Ale.

VII. Jahrgang.

Berlin, Dienstag, den 25. September 1888.

N^o. 89.

Die große Reise des Kaisers.

Kaiser Wilhelm steht im Begriff, zum zweiten Male zu weiten Reisen an verschiedene Höfe des In- und Auslandes aufzubrechen. Zunächst gilt sein Besuch seinen süddeutschen Verbündeten: dem Könige von Württemberg, dem Großherzog von Baden, dem Prinz-Regenten von Bayern. Als zwölf Tage nach dem Tode seines Vaters Kaiser Wilhelm die Vertreter des deutschen Volkes um sich versammelte, um vor ihnen Zeugniß abzulegen über die Gesinnungen, in denen er das Regiment zu führen gedente, da eilten auch die deutschen Fürsten sämmtlich nach Berlin, um durch ihre Anwesenheit bei jenem feierlichen Acte vor dem In- und Auslande zu bekunden, daß die schwere Heimsuchung dieses Jahres die theuer errungene Einheit nicht zu erschüttern vermocht habe. Alle Berechnungen, welche davon ausgingen, daß das deutsche Reich nur ein Act der Gewalt sei und seinen Schöpfer nicht überleben werde, alle Befürchtungen, wie nach dem Tode des hochbetagten ersten Kaisers die deutschen Fürsten sich zu seinem verhältnißmäßig jungen Enkel stellen würden, waren durch diesen Entschluß der Fürsten beseitigt: einig wie nur je in den größten Tagen unserer Geschichte tauchte Deutschland aus der tiefen Trauer, in welche der Tod zweier Kaiser es versenkt hatte, in neuem Glanze empor.

Der jetzige Besuch Kaiser Wilhelms ist nicht nur die dankende Erwidrerung einer fürstlichen Höflichkeit, er dient zugleich der Bekräftigung jener Gesinnungen, welche in der damaligen Anwesenheit der deutschen Fürsten in Berlin ihren so beredten Ausdruck fanden, und auf die Kunde vom Kommen des Kaisers rüsten sich die Bevölkerungen Süddeutschlands, um auch ihrerseits der Anhänglichkeit an Kaiser und Reich einen festlichen, unzweideutigen Ausdruck zu geben.

Zwischen Stuttgart und München liegt ein Tag tief Schmerzlich Erinnerung für unser Königshaus: der Geburtstag der betagten Kaiserin Augusta am 30. d. Mts. Sonst pflegte zu diesem Tage ihr hochseliger Gemahl fernher von den Herbstübungen kommend in Baden einzutreffen, nicht selten auch der Kronprinz, und an einem der vielen landschaftlich schönen Punkte des badischen Landes ward dann mit der großherzoglichen Familie in stiller Zurückgezogenheit der Geburtstag der Kaiserin gefeiert. Dieses Idyll fürstlichen Familienlebens ist durch die schmerzlichen Ereignisse dieses Jahres zerstört, und die Kaiserin unterbricht ihren badischen Aufenthalt, um den 30. September in stillem Gedenken auf der Insel Mainau zu verleben. Dorthin, in den Kreis der ihm so nahestehenden großherzoglich badischen Familie eilt von Stuttgart aus der Kaiser, um an diesem Tage seiner erlauchten Großmutter nahe zu sein und mit ihr auf jenem lieblichen Eilande zu weilen, auf welchem jeder Schritt die Spur des unvergeßlichen Gemahls trägt.

Die innigen Beziehungen zum bayerischen Königshause haben im Laufe dieses Jahres mehr denn je eine vielfache Bestätigung empfangen. Des Kaisers Besuch in München wird sie aufs Neue feierlich besiegeln und die Einwohnerschaft der bayerischen Hauptstadt blickt dem Besuch um so freudiger entgegen, als Kaiser Wilhelm I. niemals als Gast des Hofes in München geweilt hat, Kaiser Friedrich zwar als Kronprinz häufig in München gewesen ist, aber als Kaiser es doch nur sterbend, bei der Heimreise von San Remo berührt hat.

Haben die Besuche an den süddeutschen Höfen gleichsam einen intimen, nur die inneren Verhältnisse Deutschlands berührenden Character, so liegen die daran sich schließenden Reisen nach Wien und Rom auf dem Gebiet der auswärtigen Politik. Der Umstand, daß der Kaiser zuvor den Süden Deutschlands bereist, trägt um so mehr dazu bei, ihn bei unseren Verbündeten im Auslande als den Träger jener unererschütterten Macht Deutschlands erscheinen zu

lassen, welche der zuverlässige Mittelpunkt des europäischen Friedensbündnisses ist. In die Waffenübungen auf märkischem Boden, auf den Wogen der Nordsee, reiht sich die Huldigung, welche der deutsche Süden dem Schirmherrn und Mehrer des Reiches bereitet, und getragen von den Jubelrufen stolzer froher Zuversicht, bereiter und siegesgewisser Hingebung der deutschen Stämme des Nordens wie des Südens, überschreitet der Kaiser die Grenzen des Reichs, um den Beherrschern von Oesterreich-Ungarn und Italien persönlich die Freundschaftshand zu reichen und damit persönlich den fremden Völkern die Fortsetzung eines Freundschaftsbündnisses zu verkünden, dessen hohen Werth sie im Laufe der Jahre, und nicht zum wenigsten in diesem Jahre, je länger je mehr erkannt haben. Ganz Deutschland begleitet seinen Kaiser auch auf dieser Fahrt mit herzlichstem Segenswunsch.

Das Tagebuch des Kaisers Friedrich

In einer Berliner Zeitschrift sind kürzlich Auszüge aus einem angeblich von dem hochseligen Kaiser Friedrich herrührenden Tagebuch veröffentlicht worden, welches sich auf seine Erlebnisse während des Feldzugs in Frankreich 1870/71 bezieht. Dasselbe enthält an einigen Stellen Urtheile über Persönlichkeiten und Vorgänge, welche von den freisinnigen Blättern eifrig im Interesse ihrer Partei ausgebeutet werden.

Wie dieses Tagebuch in unberufene Hände hat kommen können, ist noch nicht festgestellt. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ ist zu der Erklärung ermächtigt, daß die Veröffentlichung ohne Vorwissen Seiner Majestät des Kaisers und Königs erfolgt ist; ebenso steht ihr, wie die „Post“ meldet, die Kaiserin Friedrich fern. Es drängt sich daher leicht der Gedanke auf, daß der Text des Tagebuchs nicht echt ist. Die „N. N. Z.“ hebt in dieser Beziehung hervor, daß dasselbe „nach den Erinnerungen der bei den Ereignissen theilgenommenen Persönlichkeiten so starke chronologische und thatsächliche Irrthümer enthält, daß die Echtheit bezweifelt werden muß. Namentlich ist es — so schreibt sie — ausgeschlossen, daß der ganze Inhalt von dem Kronprinzen selbst herrührt und täglich also in frischer Erinnerung von ihm aufgezeichnet worden ist.“

Selbst aber die Echtheit dieses Tagebuchs angenommen und zugegeben, so haben am allerwenigsten diejenigen, welche die Veröffentlichung betrieben zu haben scheinen und welche sie in dem Interesse der freisinnigen Partei weidlich auszubeuten wissen, Grund, darüber Genugthuung zu empfinden. Dem Andenken eines so edlen Fürsten dient man nicht, wenn man seine im Stillen niedergeschriebenen Herzensergüsse in marktchreierischer Weise der Öffentlichkeit preisgibt und einige Worte und Urtheile desselben in der Weise auslegt, daß man ihn in die niedrige Stellung eines freisinnigen Parteikaisers herabdrückt. Indem die freisinnigen Blätter dies thun, verunglimpfen sie das Andenken an den verewigten Kaiser Friedrich. Ein solches Verfahren erscheint um so verwerflicher, als augenscheinlich die bevorstehenden Wahlen den Anlaß zu der Publication gegeben haben. Wir lassen uns auf eine Erörterung derjenigen Stellen, welche die Freisinnigen sich zur Unterstützung ihrer Auffassungen zurechtlegen, nicht ein, sondern bemerken nur, daß es das größte Unrecht gegen den heimgegangenen Dulder ist, wenn in dieser Weise mit seinem Namen in schnödem Parteiinteresse Mißbrauch getrieben wird. Die hohen Verdienste, welche Kaiser Friedrich sich um Deutschland erworben, die Hochachtung und Liebe des deutschen Volkes zu ihm, hätten ihn wahrlich vor einem derartigen Unrecht schützen sollen. Aber wir zweifeln nicht, daß ein solches rücksichtsloses Treiben das Gewissen vieler rühren und ihnen die Augen öffnen wird über den Werth einer Partei, welche in ihrem engherzigen egoistischen Interesse selbst nicht vor dem bedenklichen Mittel der Irreführung der Massen

durch Handlungen zurückschreckt, welche selbst bei dem edlen menschenfreundlichen Monarchen die tiefste Entrüstung hervorgerufen haben würden.

„Das Brot wird theurer“

— das Wort scheint zum Schlachtruf der freisinnigen Partei in dem bevorstehenden Wahlkampfe werden zu sollen. Einzelne ihrer Organe, die sich besonders darauf verstehen, den Wähler graulich und ihn mißvergüht zu machen, haben eine ständige Rubrik eingerichtet, für welche jeder irgendwo etwa vorkommende Aufschlag des Brotpreises zusammengeführt wird.

Es ist eine nationalökonomische Erfahrung, daß die Bäcker bei sinkenden Getreidepreisen den alten Brotpreis möglichst lange fest zu halten suchen, während umgekehrt jede Steigerung des Getreidepreises sofort von dem Versuch begleitet ist, das Brot zu den alten Preisen entweder kleiner zu backen, oder für das alte Brotgewicht einen höheren Preis zu nehmen. Wenn die Bäcker den sinkenden Getreidepreisen der letzten 3 bis 4 Jahre nur sehr langsam gefolgt sind, so ist ihre Eile jetzt auch nicht gerechtfertigt. Aber nehmen wir einmal die nur vereinzelt festgestellte Thatsache gestiegener Brotpreise ohne weitere Untersuchung ihrer Berechtigung hin und betrachten wir lediglich das Treiben derjenigen, welche das Steigen der Getreidepreise als ein Unglück hinstellen, für das sie dem „herrschenden System“, insbesondere den Kornzöllen die Schuld beimessen. Freilich nicht so, daß sie sagten, die Kornzölle sind an den Ueberschwemmungen, dem geringen Körnerertrag und der geringeren Güte der heurigen Ernte schuld — das wäre zu dumm; gleichwohl wäre diese Behauptung die eigentliche natürliche Konsequenz ihrer Agitation.

Wir haben Zeiten gehabt — mit und ohne Zölle — da das Korn viel theurer war als jetzt, wie es denn so ziemlich weltbekannt ist, daß der Getreidepreis in den letzten Jahren auf einen Stand gesunken war, der die Herstellungskosten kaum deckte und den Landwirth in Noth brachte. Das war nicht blos bei uns so, sondern selbst in Staaten, deren Landwirthschaft unter günstigeren Bodenbedingungen arbeitet. Das jetzige immerhin mäßige Steigen der Preise geht nicht von Deutschland aus, sondern beruht, ebenso wie vorher der starke Preisdruck, auf der Lage des Weltmarkts. Das Jahr 1888 war in den hauptsächlichsten Produktionsgebieten kein günstiges Erntejahr. Von einer Theuerung schlechthin kann absolut keine Rede sein; der Roggenpreis bleibt auch, wie gesagt, noch sehr weit hinter den Preisen z. B. von 1880 und 1881 und früherer Jahre zurück.

Nichtig ist, daß die Kornzölle ein Zuströmen ausländischen Roggens erschweren, durch welches die Steigerung des Preises abgeschwächt wird. Das war ihr Zweck, als sie eingeführt wurden, und ist kein Fehler, sondern vom Standpunkt des Staatsinteresses aus ein Nutzen. Denn wie sollten unsere Landwirthe, welche mit Familie und Gesinde die Mehrzahl der Nation ausmachen, zurecht kommen, wenn die besseren Preise nicht einen geringen Ausgleich für die ungefähr 25—33 Procent schlechtere Ernte brächten? Die Freisinnigen haben aber kein Interesse für den Deutschen Landwirth, was sich dieser, grade vor den Wahlen, besonders gesagt sein lassen mag.

Und für die Wahlen ist dieses eifrige Sammeln von Notizen über den Brotpreis, woran bei dem Sinken der Getreidepreise auf einen kaum dagewesenen Stand Niemand von den Freihändlern dachte, hauptsächlich berechnet. Das geht auch daraus hervor, daß man sich aufs Prophezeien legt und wider die Wahrscheinlichkeit für den Winter ein weiteres Steigen vorher sagt. Ein Blatt treibt die Heuchelei so weit, vor Gewaltthätigkeiten zu warnen, zu keinem andern Zweck, als die trostlose Lage, in der wir uns befinden sollen, recht klar zu machen. Wenn in den Städten die Miethen wegen Grundstücksjobberei oder aus sonstigen Gründen steigen oder wenn der Preis eines Erzeugnisses, das wir nicht hervorbringen, in Folge der Conjuncturen in die Höhe geht, pflegt sich kein freisinniger Ankläger zu finden, aber bei den Erzeugnissen des Landmannes stehen sie auf und machen die Kornzölle für Preise verantwortlich, die keineswegs Theuerungspreise sind und wesentlich von den Wirkungen Windes und Wetters ab-

hängen. Wir bezweifeln aber, daß sie mit ihrem verdächtigen Eifer, eine künstliche Unzufriedenheit zu erzeugen, zum Ziele kommen werden.

Die Verbündeten des Freisinn.

Ein freisinniges Wühlblättchen giebt sich die Mühe, die Freisinnigen von dem Vorwurf reinzuwaschen, daß sie irgend etwas mit den Ultramontanen, Socialdemokraten, Polen und Welfen gemein hätten. Offenbar scheint es den Freisinnigen jetzt vor den Wahlen sehr unbequem zu sein, daß sie ihre Hauptschlachten Schulter an Schulter mit jenen geschlagen haben. Deshalb wird die Miene der Unschuld aufgesetzt, und nachdem das gedachte Blättchen an alle politischen Gegner herausfordernd die Frage gerichtet, wo denn der „Vertrag“ über ein Bündniß mit jenen vorliege, wird der Beweis zu erbringen gesucht, daß die Ultramontanen bei früheren Wahlen meist gegen die Freisinnigen agitirt und daß die Socialdemokraten in einzelnen Fällen nur deshalb für die Freisinnigen gestimmt hätten, weil letztere gegen die Verlängerung des Socialistengesetzes seien.

Daß mit diesem Beweismaterial jener oben gedachte Vorwurf nicht im Geringsten entkräftet werden kann, liegt auf der Hand. Mit diesem sollte keineswegs behauptet werden, daß Freisinnige, Ultramontane und Socialdemokraten stets bei den Wahlen Hand in Hand gehen, obwohl es Thatsache ist, daß z. B. bei den letzten Reichstagswahlen von den gewählten 32 Freisinnigen durch die schützende Hand der Ultramontanen neun, mit Hilfe der Socialdemokraten vierzehn in dem Reichstag befördert wurden; speziell Herr Eugen Richter verdankt seine Wahl in Hagen stets der Hilfe der Ultramontanen. Jener Vorwurf bezieht sich allein auf das Verhalten der Freisinnigen und der anderen erwähnten Parteien im Parlamente selbst.

Das freisinnige Blättchen fragt: „Ja, was haben wir Freisinnigen denn mit allen diesen Parteien (Ultramontanen, Socialdemokraten, Polen und Welfen) zu schaffen?“ und es antwortet unverfroren: „Gar nichts.“

Eine solche Verleugnung der Brüderschaft und Kameradschaft ist ein etwas starkes Stück. Wir wollen demgegenüber folgende Rechnung aufmachen.

Im Januar 1886 — um nicht noch weiter zurückzugreifen — nahm die freisinnig-ultramontan-socialdemokratisch-polnisch-welfische Majorität im Reichstage, als deren Vorkühler und Leiter sich Herr Liebknecht geberdete, in der Frage der Ausweisungen fremdländischer polnischer Unterthanen aus den östlichen Landestheilen einen Antrag an, welcher ein direktes Mißtrauensvotum gegen die nationale Politik der preußischen Regierung war. Diese selbe gemischte Gesellschaft, bei der nur die Socialdemokraten fehlten, weil sie im Landtage keinen Sitz haben, stimmte sich auf das Entschiedenste gegen die das Deutschtum in den östlichen Provinzen fördernde Gesetzgebung im Abgeordnetenhaus und stimmte gegen alle sog. Polenvorlagen. Aber noch weit deutlicher trat die Brüderschaft zwischen ihnen bei der Verhandlung über das Militairgesetz im Dezember 1886 und Januar 1887 zu Tage. Die geistigen Leiter der Opposition waren die Herren Richter und Windthorst, die zuerst die Mehrforderung von Mannschaften herabzusetzen und dann an Stelle des Septennats ein Triennat durchzusetzen suchten: ihnen gelang es sogar — so groß war die Harmonie der verschiedenen Theile der Opposition — die Socialdemokraten, die sonst gegen jede Heeresforderung stimmen, dazu zu bewegen, sich bezüglich des Triennats der Abstimmung zu enthalten, damit ein positiver Beschluß nach dem Sinne der Ultramontanen und Freisinnigen zu Stande kommen könne; ohne diesen socialdemokratischen Succurs wäre das Triennat bei der Abstimmung zu Falle und ein positives Resultat überhaupt nicht zu Stande gekommen.

Weitere Beweise der Brüderschaft, der Seelenverwandtschaft, ja des zwischen jenen Parteien bestehenden, wenn auch nicht schriftlich festgestellten Bündnisses bedarf es wahrlich nicht. Die angeführten Beweise sprechen deutlich genug, um darzuthun, daß der Versuch der Freisinnigen, sich reinzuwaschen, nichts als Mohrentwäsche ist.

Neuigkeiten aus der Verwaltung.

Im ober-schlesischen Nothstandsgebiete

sind die Vorarbeiten zur Bildung von 4 neuen Gutsbewässerungs-Genossenschaften eingeleitet und mit den Culturtechnikern Verträge wegen Anfertigung der Projecte geschlossen worden. 2 Genossenschaften sind durch Allerhöchst genehmigte Statuten begründet worden und es wird mit der Ausführung der betreffenden Meliorationen noch in diesem Herbst begonnen werden. Für 6 weitere Genossenschaften sind die commissarischen Verhandlungen dem Minister für Landwirthschaft, Domainen und Forsten zur Erwirkung der Allerhöchsten Genehmigung der Statuten unterbreitet worden, während dies in 2 anderen Fällen binnen Kurzem erfolgen wird. Unter die neu gebildeten Genossenschaften fällt auch die Genossenschaft zur Melioration der Kalscheich-Niederung, einem seit Jahrzehnten geplanten Unternehmen, dessen Verwirklichung bisher an der Aufbringung der Kosten gescheitert und erst in Folge der Zuwendung der Vortheile des Gesetzes vom 23. Februar 1881 an die bei der Melioration betheiligten leistungsunfähigen Besitzer möglich geworden ist. Die Bildung dieser Genossenschaft hat die Zustimmung einer weit überwiegenden Mehrheit der Betheiligten gefunden. Die Ent- und Bewässerung erstreckt sich auf eine zwischen den Ortschaften Goslawitz, Kempa, Zowade und Chronstau im Kreise Oppeln belegene Niederung von 378 ha. In einem Falle haben die Verhandlungen ergeben, daß die Durchführbarkeit des Projectes in seinem bisherigen Umfange keine Aussicht auf Verwirklichung hat und ist auf Antrag der Zustimmenden die Bildung einer Genossenschaft unter zweckmäßiger Einschränkung des Projectes, beziehungsweise unter Ausdehnung desselben auf eine dem Prinzen zu Hohenlohe auf Roschentin gehörige Fläche von etwa 48 ha. ins Auge gefaßt worden. Für zwei weitere Bezirke steht die Genossenschaftsbildung unmittelbar bevor, während in fünf Feldmarken die genossenschaftlichen Meliorationen beendet sind und deren Abnahme in Kürze bewirkt werden wird.

Der Reichskanzler Fürst Bismarck

ist am Montag Abend in Berlin eingetroffen und am Dienstag vom Kaiser in Potsdam kurz vor dessen Abreise nach Detmold empfangen worden. Wie es heißt, beabsichtigt der Kanzler sich schon Dienstag Abend wieder nach Friedrichsruhe zurückzubehalten.

Minister Herrfurth

ist nunmehr an Stelle des ausgeschiedenen Staatsministers v. Puttkamer auch zum Bevollmächtigten zum Bundesrath ernannt worden. Der Minister war zur Besichtigung des Ueberschwemmungsgebietes am Sonnabend im Posenischen, kehrte aber noch an demselben Tage des Abends nach Berlin zurück.

Der Bundesrath

wird am Mittwoch eine Plenarsitzung abhalten, um über die Anträge Preußens und Hamburgs, wegen Verlängerung des sog. kleinen Belagerungs-zustandes, zu berathen.

Eine Reorganisation unserer Feld-Artillerie

steht dem Vernehmen nach zum neuen Staatsjahre bevor. Als Grundzüge derselben werden bekannt: Das Eingehen der General-Inspection der Feldartillerie sowie der Feld-Artillerie-Inspectionen, ferner eines Theiles der reitenden Artillerie. Letztere bleibt in dem Umfange bestehen, in welchem sie in Zukunft bei den Cavallerie-Divisionen zur Verwendung gelangt. Die Artillerie-Regimenter werden wie alle anderen Truppentheile den Generalcommandos unterstellt, denen die obere Ueberwachung der technischen und tactischen Ausbildung, sowie die persönlichen Angelegenheiten übertragen werden. In Folge dessen tritt zu jedem Generalcommando ein Stabsoffizier der Feldartillerie. Die Brigadecommandeure bleiben bestehen und nehmen im weiteren Vorrücken an der Besetzung der Stellen der Divisionscommandeure und commandirenden Generale der Armeecorps Theil. Die bisherige Brigade- und Regiments-Eintheilung bleibt im Großen und Ganzen bestehen, doch soll jedes Regiment fortan drei Abtheilungen zu je drei Batterien haben. Welche Formationen aus den dann noch vorhandenen Batterien, sowie an Stelle der eingehenden reitenden Batterien geschaffen werden sollen, die etwa zu erhöhende Friedensstärke der Batterien, ferner die Gestaltung einer Centralinstanz für den technischen Betrieb der Artillerie u. s. w. sind noch Gegenstand der Erwägung. Da diese Reorganisation nicht ohne Einwirkung auf den betreffenden Theil des Budgets ist, so wird sie voraussichtlich erst in dem neuen Militair-Etat zum Ausdruck gelangen und mit demselben in Kraft treten.

Eine Reorganisation der oberen Marinebehörden,

der Admiralität sowie der Commandobehörden der Nordsee und der Ostsee, ist Gegenstand der Berathung einer durch Allerhöchste Ordre eingesetzten Commission. Eine Kabinettsordre vom 6. d. Mts. bestimmt,

daß zu jedem Marine-Station-Commando an Stelle des bisherigen ersten Adjutanten ein Kapitän zur See als Chef des Stabes „mit den allgemeinen Befugnissen eines Chefs des Stabes eines General-commando's“ tritt. Der bisherige zweite und dritte Adjutant werden erster und zweiter Adjutant.

Das Schulgeschwader

hat Befehl, seine Weiterreise bereits am 1. October anzutreten. Zum Befehlshaber desselben ist Contre-Admiral Hollmann ernannt, welcher augenblicklich noch an den Berathungen der Marine-Reorganisations-Commission theilnimmt. Es wird vermuthet, daß das Geschwader zur Zeit der Anwesenheit des Kaisers in Neapel, bei der Besichtigung der italienischen Flotte, dort gleichfalls anwesend sein soll.

Zur Kartellpolitik.

Das Zusammengehen der Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen ist auch für Berlin gesichert. Die konservative Gesamtvertretung hatte in diesem Sinne gewirkt; die Anstände, welche in Personalfragen zu finden waren, sind, nach dem Vernehmen des „D. Tagbl.“ nunmehr definitiv beseitigt.

Das polnische Provinzial-Wahl-Comité

hat, wie aus Posen gemeldet wird, anlässlich der im Herbst bevorstehenden Landtagswahlen und unter Berücksichtigung der neuen Kreis-Eintheilung ein neues Wahlreglement und eine Instruction für die Kreis-Wahl-Comités entworfen, welche demnächst den zu diesem Zwecke, sowie zur Feststellung der Wahl-Candidatenliste einzuberufenden Wählerversammlungen zur Begutachtung vorgelegt werden sollen. Die von der polnischen Fraction des Reichstages und des Abgeordnetenhauses an den hochseligen Kaiser Friedrich gerichtete Ergebenheits-Adresse, sowie die darauf ergangene Antwort des Staatsministeriums vom 31. Mai cr. haben die polnische Presse zu erregten Erörterungen veranlaßt. Den Abgeordneten war die Legitimation zur Einreichung der Adresse bestritten und ihnen dabei vorgeworfen, daß sie die nationale Frage nicht gebührend berücksichtigt hätten. Als Folge dieses Zeitungskriegs ward Seitens der polnischen Abgeordneten ein allgemeiner Rücktritt von ihrer parlamentarischen Thätigkeit in Aussicht genommen; seither scheint indeß dieser Beschluß wieder aufgegeben zu sein, da in den bisherigen Wahlverhandlungen die alten Abgeordneten wieder als Candidaten für die Wahlen aufgestellt sind.

Das Kaiser-Denkmal für Schleswig-Holstein.

Das schleswig-holsteinische Provinzial-Denkmal-Comité hat einstimmig die Errichtung eines Denkmals für weiland Kaiser Wilhelm I. in Kiel beschlossen.

Zur Lage der Handwerker.

Der Geschäftsbetrieb der linksrheinischen Sammet- und Blüschwebereien hat sich neuerdings wieder, wie uns vom Niederrhein geschrieben wird, etwas gebessert; ein lohnender Geschäftsbetrieb ist aber erst dann zu erwarten, wenn die Mode den Artikel wieder begünstigt. Zwar hat zur Zeit die Mehrzahl der Handwerker wieder Beschäftigung gefunden, der Verdienst ist aber sehr gering. Die Seidenindustrie beschäftigt sämtliche beim Fache verbliebenen Arbeiter und zwar zu wesentlich besseren Löhnen, so daß von einem eigentlichen Nothstande hier nicht mehr die Rede sein kann. Die Wiederkehr eines solchen ist aber leider nicht ausgeschlossen. Waaren erster Qualität werden zwar voraussichtlich dem Handstuhl vorbehalten bleiben; im Uebrigen gewinnt aber der mechanische Stuhl täglich an Terrain und beschränkt die Handwerker auf ein immer kleineres Arbeitsfeld. Die nächste ungünstige Konjunktur muß daher viele Handwerker, welche jetzt auskömmliche mechanische Fabrikate auf Handstühlen herstellen, brodblos machen.

Ueber die Arbeiterverhältnisse in Posen

wird von dort geschrieben:

Die Zahl der in den Fabriken beschäftigten Kinder hat abgenommen, dagegen ist die Zahl der jugendlichen Arbeiter zwischen 14 und 18 Jahren im Zunehmen begriffen, weil vielfach seitens der Unternehmer zu diesen Arbeitskräften an Stelle der erwachsenen männlichen Arbeiter hat gegriffen werden müssen, welche bei den großen Festungs- und Eisenbahnbauten in lohnenderer Arbeit beschäftigt werden. Die scharfe Handhabung der Gesetzgebung zum Schutze der jugendlichen gewerblichen Arbeiter hat zu vielfachen Bestrafungen geführt. Klagen aus Arbeiterkreisen über die Unzulänglichkeit der herrschenden Lohnsätze sind nicht laut geworden; es haben sich vielmehr in Folge der großen öffentlichen Bauten die Lohnsätze für Handarbeiter nicht unwesentlich gehoben. Die Interessen des Handwerks finden in zunehmendem Maße ihre Vertretung in den neuerdings zu vermehrter Wirksamkeit an-

geregten Innungen. Die Bestrebungen derselben auf dem Gebiete des Lehrlingswesens werden erfolgreich durch die auf Grund des Gesetzes vom 4. Mai 1886 mit Staatsmitteln ins Leben gerufenen gewerblichen Fortbildungsschulen erfolgreich unterstützt.

In der Provinz Posen

ist eine große Anzahl der aus Staatsmitteln zur Förderung des deutschen Unterrichts begründeten Volksschulen im Laufe des Sommers fertiggestellt worden und soll demnächst ihrer Bestimmung übergeben werden.

Ein blutiger Zusammenstoß

zwischen Mannschaften unserer Marine und eingeborenen Arabern hat an der ostafrikanischen Küste stattgefunden. Bekanntlich ist durch das deutsch-englische Abkommen über die beiderseitige Interessensphäre im Hinterlande der Sansibar gegenüber liegenden Küste festgestellt worden, daß letztere in einem fortlaufenden Streifen von 10 Seemeilen Breite dem Sultan von Sansibar gehört. Noch unter dem Sultan Bargasch hatten es die Engländer erreicht, daß der Sultan vertragsweise den ihrem Gebiet vorliegenden Küstenstreifen vom Mombas bis zum Lana der englisch-ostafrikanischen Gesellschaft in Pacht und Verwaltung abtrat. Die gleichartigen Verhandlungen mit der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft zögerten sich hin und wurden erst unter dem Nachfolger Bargaschs, dem jetzigen Sultan, zum Abschluß gebracht. Die Wichtigkeit der Verträge liegt darin, daß die beiden Gesellschaften die Zollverwaltung in die Hände bekommen und einen weitergehenden Einfluß auf den Handel an der Küste ausüben können. Dieser Handel war bisher ganz in den Händen der eingeborenen Araber und eingewanderter Indier. Schon vor einiger Zeit wurde gemeldet, daß sich der Küstenbevölkerung eine rebellische Bewegung bemächtigt habe und daß die Araber bei der Uebergabe der Verwaltung an die beiden Gesellschaften Widerstand leisten würden, der von vornherein aussichtslos war, da sowohl deutsche als auch englische Kriegsschiffe zum Schutze der Interessen ihrer Staatsangehörigen an der Küste zugegen sind.

Am Montag wurde nun folgende Depesche aus Berlin verbreitet: „Nach hier eingegangenen Nachrichten hat gestern auf die Niederlassung der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft in Bagamoyo ein Angriff stattgefunden, welcher jedoch mit Hilfe eines Landungscorps S. M. Kreuzerfregatte „Leipzig“ nach kurzem Gefecht zurückgeschlagen wurde. Die Araber ließen 100 Tote zurück, während auf deutscher Seite kein Verlust stattfand.“ Bagamoyo ist die Sansibar gegenüberliegende Hafenstadt, wo die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft eine Niederlassung mit eigenen Grundstücken besitzt. Die große Zahl der Toten läßt auf eine große Masse der Angreifer schließen. Die Section wird hoffentlich auf die Araber an der Küste von heilsamer Wirkung sein.

Wahrscheinlich werden diese Verhältnisse auch Einfluß auf die deutsche Emin-Bascha-Expedition ausüben, deren Aufgabe bei den Feindseligkeiten der Eingeborenen nicht erleichtert wird. Die Vorhut dieser Expedition wird Prem. Lieutenant Wischmann führen, ein Afrikareisender von sehr reichen Erfahrungen, der Jahre lang im Innern des schwarzen Erdtheils, zuletzt im Auftrage des Königs der Belgier, sich aufgehalten hat; sie soll möglichst bald abgehen. Den Hauptstock der Expedition soll Dr. Peters, einer der Directoren der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft, führen.

Marschall Bazaine,

der Führer der französischen Armee bei Metz, ist am Sonntag in Madrid im Alter von 77 Jahren gestorben, nachdem sein Sieger, Prinz Friedrich Carl, ihm drei Jahre im Tode vorausgegangen. Bazaine hat eine militärische Laufbahn durchgemessen, wie die meisten Marschälle des zweiten Kaiserreichs: Canrobert, Pelissier, Palikao, Niel, Randon u. s. w., d. h. er ist aus der Schule der Kämpfe in Algier hervorgegangen und hat es vom einfachen Soldaten zu hohen Ehrenstellen gebracht. Er war mit vor Sebastopol, nahm aber am italienischen Kriege nicht Theil. 1862 wurde er zum Befehlshaber des Expeditionscorps in Mexico, 1864 zum Marschall von Frankreich ernannt. Die Rolle, welche er in Mexico spielte und welcher der unglückliche Kaiser Maximilian zum Opfer fiel, ist bekannt.

1870 ward er zum Befehlshaber der bei Metz sich versammelnden „Rhein-Armee“ ernannt, Mac Mahon sollte mit den im Elsaß sich sammelnden Corps gegen Süddeutschland operiren. Er erwies sich als ein zäher und ausdauernder Gegner, das Treffen bei Borny (14. August), die Schlachten von Bionville und Gravelotte zeigten indeß, daß es ihm an der Energie und dem Scharfblick der Führung gebrach. Nach heftigen Ausfallkämpfen, namentlich bei Noisseville am 31. August und 1. September, sah er sich mehr und mehr gezwungen, den Zeitpunkt der Uebergabe unthätig herankommen zu sehen, seine wiederholten Versuche auf diplomatischem Gebiet, Heer und Festung für das Kaiserthum intact zu erhalten, scheiterten. Die Capitulation erfolgte am 27. October. Von den Franzosen sehr mit Unrecht des „Verraths“ beschuldigt, erschien er im Jahre 1873 vor einem Kriegsgericht, welches ihn am 10. Dezember 1873 zum Tode unter zuvoriger Degradirung verurtheilte. Die Verhandlungen warfen auf seine Ankläger und Richter — Vorsitzender war der Herzog von Numale — ein nichts weniger als günstiges Licht, das Kriegsgericht selbst sah sich genöthigt, ein Begnadigungsgesuch zu unterzeichnen und Marschall Mac Mahon, damals Präsident der Republik, sein alter Waffengenosse und Unglücksgefährte im Kriege, verwandelte die Todesstrafe in 20jährige Festungshaft unter Aufhebung der Degradirung. Am 27. December ward Bazaine nach der Insel St. Marguerite im Meerbusen von Lion überführt. Dort gelang ihm in der Nacht vom 9. zum 10. August 1874 unter Mitwirkung seiner Gattin die Flucht, er ging nach Italien in die Schweiz, besuchte die Kaiserin Eugenie in Arenenberg und wandte sich schließlich nach Spanien, wo er in ziemlicher Armut verstorben ist. Noch im vorigen Jahre hatte ein wahnsinniger Franzose einen Mordversuch gegen ihn unternommen, so tief war der Haß gegen Bazaine gewurzelt, dessen eigentliche Schuld nur darin bestanden hat, daß er darnach trachtete, sein Heer für die Wiederherstellung des Kaiserthums zu erhalten. Der Haß der Parteien gegen das Empire hat sich auf den unglücklichen und vielleicht nicht ausreichend befähigten, aber in keiner Weise verrätherischen Soldaten übertragen.

Vom Hofe.

Berlin, 25. September 1888.

Unser Kaiser wohnte gestern der feierlichen Einweihung des Officierscasinos der Leib-Garde-Husaren in Potsdam bei, wobei er einen Trinkspruch auf die Kameradschaftlichkeit, den Geist der Mannszucht und des Pflichteifers ausbrachte, der in den Räumen herrschen soll.

Heute Morgen empfing der Kaiser den Staatsminister Grafen Bismarck und bald darauf den Reichskanzler. Nach 1 Uhr erfolgte die Abreise nach Detmold.

Kaiserin Augusta Victoria hat sich heute Mittag mit den kaiserlichen Prinzen auf 14 Tage nach Schloß Brimkenau begeben.

Personalien.

Aus der allgemeinen Verwaltung und aus der Verwaltung des Innern.

Die Regierungs-Referendare Hippenstiel aus Münster, Pierzig aus Königsberg und Keller aus Wiesbaden haben am 22. d. Mts. die zweite Staatsprüfung für den höheren Verwaltungsdienst bestanden.

Der Kreis- und Stadtschulinspector Dr. Boodstein zu Elberfeld ist als besoldeter Beigeordneter der Stadt Elberfeld für die gesetzliche Amtsdauer von zwölf Jahren bestätigt worden.

Dem Landrath des Kreises Beeskow-Storkow, von Heyden in Beeskow, Reg.-Bez. Potsdam, ist die kommissarische Verwaltung des Landrathsamtes im Kreise Demmin, Reg.-Bez. Stettin, übertragen worden.